



Unsichere Rahmenbedingungen bremsen deutsche Wirtschaft

DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2023

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Wesentliche Ergebnisse	3
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen	4
Geschäftserwartungen der Unternehmen	7
Geschäftsrisiken der Unternehmen	11
Exportserwartungen der Industrieunternehmen	14
Investitionsabsichten der Unternehmen.....	17
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen	20
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen.....	23
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	26

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Dr. Susanne Gewinnus, Carolin Herweg, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

Stand: Oktober 2023

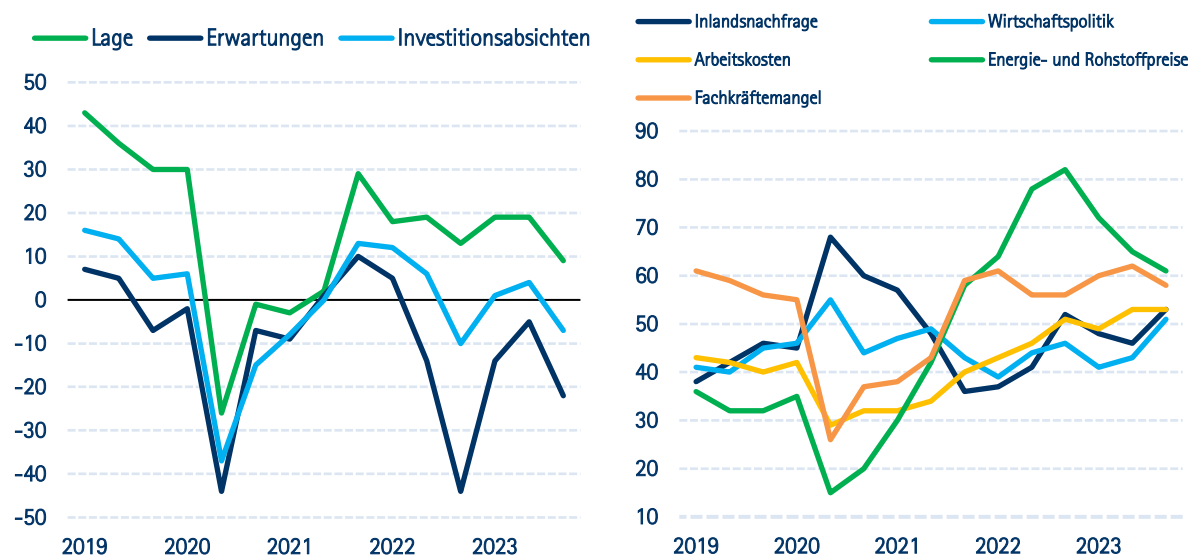
Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter www.dihk.de/konjunktur

Wesentliche Ergebnisse

- Die Unternehmen bewerten ihre aktuelle **Geschäftslage** über alle Branchen noch leicht positiv: 30 Prozent (nach zuvor 34 Prozent) bewerten das aktuelle Geschäft als „gut“. Hingegen ist der Anteil der Betriebe, die ihre Lage mit „schlecht“ bewerten von 15 Prozent auf 21 Prozent spürbar gestiegen. Der Saldo der Lagebewertung fällt von 19 auf neun Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten. Diese Eintrübung zieht sich fast durch die gesamte Breite der Wirtschaft und durch alle Unternehmensgrößen.
- Die **Geschäftserwartungen** trüben sich deutlich ein. Über ein Drittel der Unternehmen (35 Prozent nach zuvor 23 Prozent) haben negative Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate. Nur noch jeder achte (13 Prozent nach zuvor 18 Prozent) rechnet mit besseren Geschäften. Im Saldo fallen die Geschäftserwartungen damit deutlich von minus fünf auf minus 22 Punkte.
- Die Risiken und Unsicherheiten steigen weiter an und werden vielfältiger. Unternehmen kreuzen im Schnitt mehr als drei (3,1) von insgesamt acht verschiedenen **Geschäftsrisiken** an. Noch vor der Pandemie waren es im Durchschnitt 2,4.
- Jeweils weit mehr als die Hälfte nennt als die größten Geschäftsrisiken die Energie- und Rohstoffpreise (aktuell 61 Prozent nach 65 Prozent im Frühsommer), den Fachkräftemangel (58 Prozent nach 62 Prozent), die Inlandsnachfrage (53 Prozent nach 46 Prozent) Arbeitskosten (gleichbleibend 53 Prozent, Höchststand) sowie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (51 Prozent nach 43 Prozent). Mehr als 5.800 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „**Bürokratie**“. Etwa 38 Prozent der Freitextantworten beinhalten Bürokratie-Themen, in der Vorumfrage waren es noch „nur“ 35 Prozent.
- 24 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 28 Prozent) planen mit zusätzlichen **Investitionen**. Fast ein Drittel (31 Prozent nach zuvor 24 Prozent) gibt an, Investitionen verringern zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt von vier auf minus sieben Punkte.
- **Prognose:** Angesichts der insgesamt trüben Aussichten rechnet die DIHK in diesem Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,5 Prozent. Im nächsten Jahr geht die DIHK von Stagnation aus (0,0 Prozent).

Erwartungen trüben sich ein, Risiken steigen

Geschäftslage: Saldo aus gut minus schlecht-Meldungen; Geschäftserwartungen und Investitionsabsichten: Saldo aus besser minus geringer-Meldungen, Risiken Anteil der Nennungen in Prozent



Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

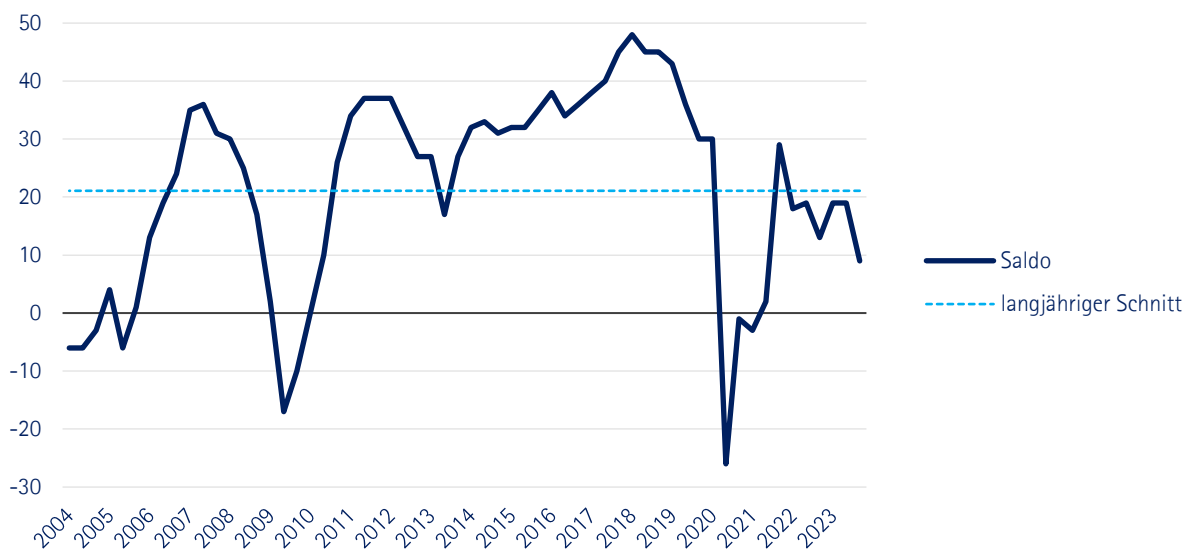
Die Stimmung der Wirtschaft trübt sich ein. Noch immer belasten die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine die Unternehmen, insbesondere weiterhin hohe Preise und gestiegene Zinsen. Hinzu kommen strukturelle Herausforderungen wie der Fachkräftemangel, die Energiewende und eine überbordende Bürokratie. Das führt in der Summe zu gestiegenen Kosten bei Vorleistungen, Energie, Personal aber auch bei der Finanzierung. Gleichzeitig kommen derzeit auch aus dem Außenhandel keine positiven Impulse, denn auch die Weltkonjunktur läuft schleppend. Zudem nehmen geopolitische Unsicherheiten weiter zu.

Immerhin noch drei von zehn Unternehmen (30 Prozent nach zuvor 34 Prozent) bewerten das aktuelle Geschäft als „gut“. Hingegen ist der Anteil der Betriebe, die ihre Lage mit „schlecht“ bewerten, von 15 Prozent auf 21 Prozent spürbar gestiegen. Der Saldo der Lagebewertung fällt damit von 19 auf nunmehr neun Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten. Diese Eintrübung zieht sich fast durch die gesamte Wirtschaft und durch alle Unternehmensgrößen.

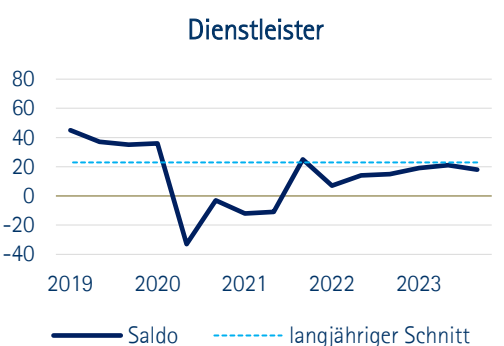
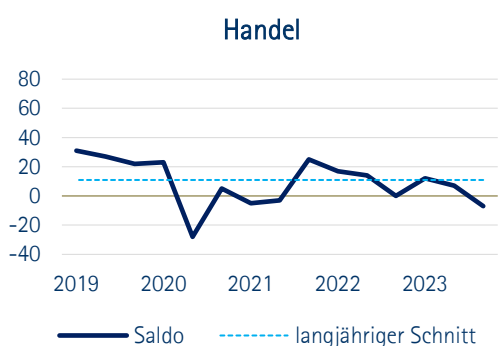
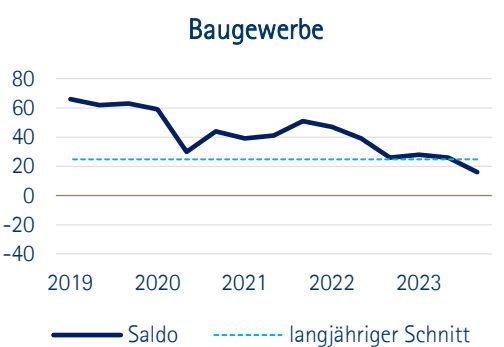
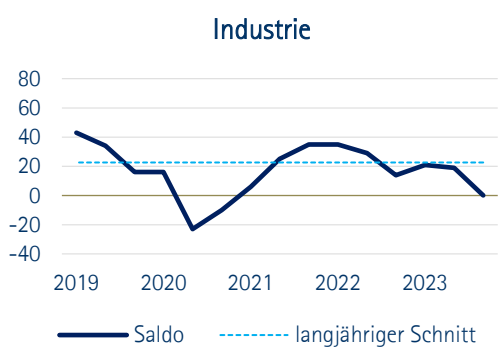
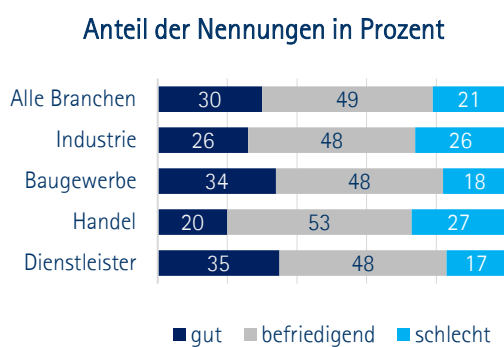
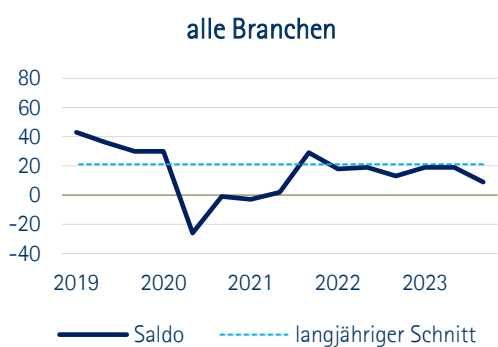
Ein Blick auf die Unternehmensgrößen zeigt, dass sich die Lage im Mittelstand (200 bis 999 Mitarbeitende) deutlicher verschlechtert als bei Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten: Im Mittelstand sinkt der Saldo um 15 auf neun Punkte; bei Großunternehmen sinkt der Saldo nur um neun auf im Vergleich hohe 16 Punkte. In KMU mit bis zu 199 Beschäftigten sinkt der Saldo der Geschäftserwartung ebenfalls auf neun Punkte (nach zuvor 17 Punkte).

Besonders deutlich fällt die Lageverschlechterung bei **Industrieunternehmen** aus. Der Anteil der Betriebe mit schlechter Geschäftslage ist mittlerweile mit 26 Prozent (nach zuvor 16 Prozent) genauso hoch wie der Anteil der Industriebetriebe, die von einer guten Lage sprechen (26 Prozent nach zuvor 35 Prozent). Der Saldo fällt um 19 auf null Punkte (langjähriger Schnitt bei 23 Punkten). In der Industrie verharren Neuaufträge weiterhin auf einem niedrigen Niveau, während die Kosten für Energie-, Vorleistungen, Kredite oder Löhne hoch sind oder sogar noch weiter gestiegen sind.

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die hohen Preise für Energie und Rohstoffe, die erschwerte Unternehmensfinanzierung und die schwache Nachfrage schlagen bei den häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterproduzenten** deutlich durch. Die Produktion, insbesondere bei den Energieintensiven, ist wegen der hohen Energiepreise gedrosselt. Insgesamt fällt bei den Vorleistern der Saldo der Geschäftslage von zwölf auf minus 13 Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit der Corona-Pandemie (Saldo im Herbst 2020 ebenfalls minus 13 Punkte). In der Metallherzeugung und -bearbeitung verschlechtert sich die Lagebewertung am deutlichsten, um 39 auf minus 16 Punkte. Lange Zeit konnte die Branche das hohe Energiepreinsniveau kompensieren, jetzt schlagen die Preise allerdings auf die Lage durch. Mithin die düsterste Geschäftslage herrscht allerdings im Papiergewerbe. Hier sinkt der Saldo von minus 19 auf minus 35 Punkte. In der chemischen Industrie bewerten die Unternehmen ihre Geschäfte ebenfalls deutlich schlechter als noch in der Vorumfrage (Saldo von minus 16 nach zuvor minus drei Punkten).

Ein deutlich gedämpftes Investitionsklima in Inland und auch eine schleppende Weltkonjunktur bremsen die Nachfrage bei den **Investitionsgüterherstellern**. Immerhin sind trotz niedrigem Stand bei Auftragseingängen die Auftragspolster noch überdurchschnittlich. Insgesamt bewerten daher die Hersteller von Investitionsgütern ihr Geschäft zwar deutlich schlechter als noch im Frühsommer. Sie gelangen jedoch noch überwiegend zu einer positiven Lageeinschätzung: Der Saldo sinkt um 22 auf 13 Punkte. Besonders hoch fallen die Rückgänge in der Elektrotechnik (Saldo fällt um 30 auf sechs Punkte) und im Maschinenbau (Saldo fällt um 25 auf 14 Punkte) aus. Bei den Kraftfahrzeugbauern ist der Rückgang etwas weniger stark ausgeprägt, allerdings war die Geschäftslage bereits im Frühsommer eingetrübt als bei den anderen Investitionsgüterherstellern (Saldo sinkt um elf auf sieben Punkte).

Die anhaltend gedrückte Konsumlaune belastet weiterhin das Geschäft der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten**. Die Lageeinschätzung verschlechtert sich um acht auf minus drei Saldopunkte. Besonders stark fällt die Eintrübung z. B. in der Möbelindustrie (Saldo von minus sechs nach zuvor 17 Punkten) und im Bekleidungsbranche aus (Saldo von minus zehn nach zuvor einem Punkt) aus. Eine leichte Aufhellung ist hingegen in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie zu erkennen (Saldo von zwei nach zuvor minus acht Punkten). Am besten schätzen die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie ihre Geschäftslage ein. Der Saldo bleibt nahezu unverändert (Saldo von 33 nach zuvor 34 Punkte) und liegt nur geringfügig unter dem langjährigen Schnitt (Saldo von 34 Punkten).

Die Folgen der gestiegenen Verbraucher- und Einkaufspreise sowie der schwachen Binnenkonjunktur spürt auch der **Handel**. Nur noch einer von fünf Händlern schätzt seine Geschäftslage als „gut“ ein (20 Prozent nach zuvor 26 Prozent). Der Anteil derjenigen mit einer negativen Lagebeurteilung steigt hingegen von 19 Prozent auf 27 Prozent. Der Saldo der Lagebewertung dreht damit auf den niedrigsten Wert seit Beginn der Corona-Pandemie (Saldo von minus sieben nach zuvor sieben Punkten). Im Einzelhandel belastet besonders die wegen hoher Inflation gesunkene Kaufkraft und Konsumlaune der Verbraucher das Geschäft. Der Saldo sinkt von vier auf minus neun Punkte. Den Großhändlern machen die hohen Einkaufspreise zu schaffen. Zudem bauen ihre Kunden aus der Industrie und dem Baugewerbe eher ihre Vorräte ab, anstatt neue Ware zu bestellen. Der Saldo der Lagebewertung im Großhandel fällt daher deutlich von zehn auf minus neun Punkte.

Stark gestiegene Bauzinsen und nach wie vor hohe Preise für Baumaterialien trüben insgesamt im **Baugewerbe** die Geschäftslage ein. Nur noch ein Drittel der Bauunternehmen (34 Prozent nach zuvor 39 Prozent) gelangt zu einer positiven Lageeinschätzung. Knapp ein Fünftel spricht mittlerweile von einer schlechten Lage (18 Prozent nach zuvor 13 Prozent). Der Saldo aus guten und schlechten Lagebeurteilungen sinkt damit um zehn auf 16 Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit dem Frühsommer 2010 (Saldo von vier Punkten). Die Unterschiede zwischen den einzelnen Baubranchen sind allerdings beachtlich. Aufgrund des Einbruchs der Neuaufträge im Wohnungsbau verdüstert sich die Geschäftslage im Hochbau besonders stark. Der Saldo sinkt hier von 14 auf null Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit Ende der Finanzkrise (Saldo von minus vier Punkten zu Jahresbeginn 2010). Im Tiefbau, wo die Auftragslage durch öffentliche Infrastrukturprojekte stabil ist, bewerten die Betriebe ihre Situation deutlich positiver. Der Saldo der Geschäftslage sinkt dort nur um eins auf 29 Punkte. Im Ausbaugewerbe profitieren die Betriebe trotz schwacher Konjunktur von einem ungebrochenen steigenden Bedarf an Gebäudesanierungen. Der Saldo sinkt im Vergleich zur Vorumfrage nur um sechs auf 33 Punkte.

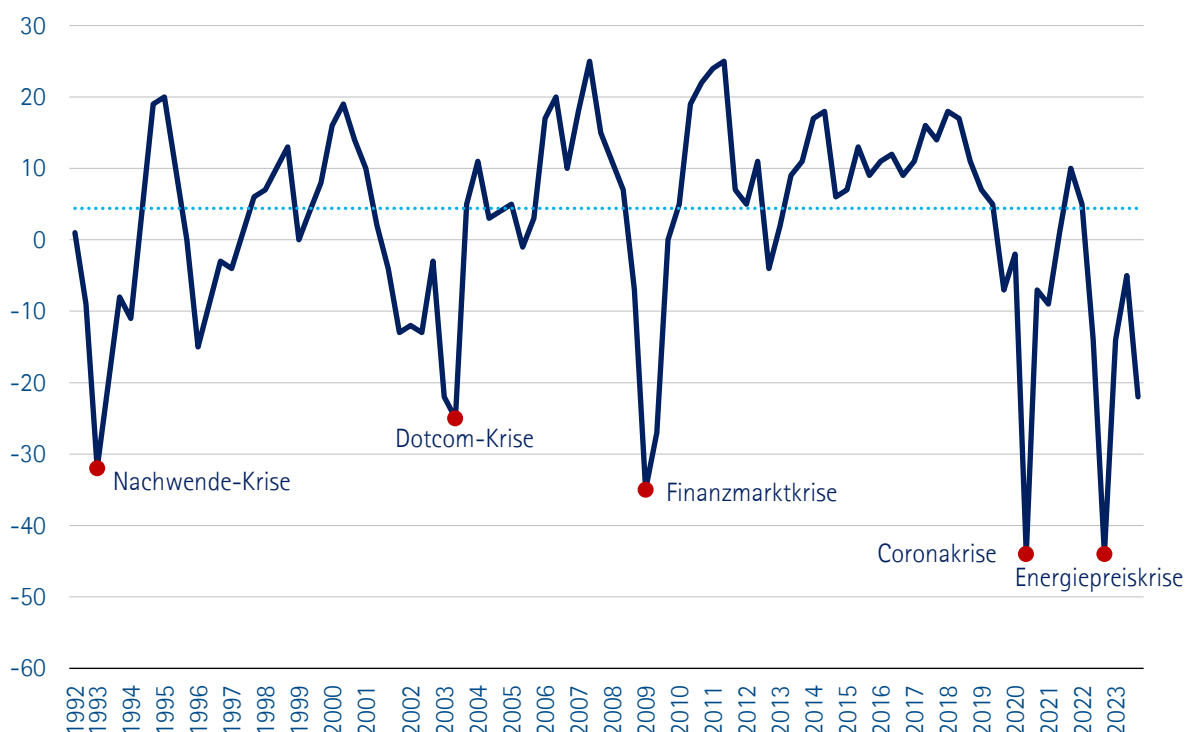
Im **Dienstleistungssektor** haben sich die Geschäfte im Vergleich der Wirtschaftszweige am wenigsten eingetrübt. Etwas über ein Drittel der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Lage weiterhin als „gut“ (gleichbleibend 35 Prozent), 17 Prozent (nach zuvor 14 Prozent) als „schlecht“. Der Saldo sinkt um drei auf 18 Punkte. Das liegt nur leicht unter dem langjährigen Durchschnitt (Saldo von 23 Punkten). Die im Vergleich zu den anderen Hauptsektoren stabile Lage geht insbesondere auf das Gastgewerbe und – mit Abstrichen – auf personenbezogene Dienstleister zurück. Die Branchen zehren noch von Nachholeffekten der Pandemie. Im Gastgewerbe ist eine Stabilisierung der Gästezahlen zu beobachten. Entsprechend steigt der Saldo der Geschäftslage nach einer alles im allem guten Sommersaison um zwölf auf 22 Punkte. Das liegt sogar deutlich über dem langjährigen Schnitt von elf Punkten. Auch bei den personenbezogenen Dienstleistern (z. B. künstlerische oder unterhaltende Tätigkeiten) überwiegen die Betriebe mit einer positiven Lagebewertung deutlich und der Saldo bleibt konstant bei 18 Punkten. Bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistern hinterlässt die getrübte Stimmung in der Industrie und im Handel ihre Spuren. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen sinkt bei unternehmensnahen Dienstleistern um neun auf 24 Punkte. Das liegt unter dem langjährigen Schnitt von 31 Punkten. Weiter verschlechtert hat sich die Lage bei Unternehmen aus dem Bereich Verkehr und Lagerei. Der Saldo fällt im Vergleich zur Vorumfrage von vier auf minus zwei Punkte und liegt deutlich niedriger als in anderen Zweigen des Dienstleistungssektors. Die Branche ist weiterhin von Problemen der Verkehrsinfrastruktur, hohen Kraftstoffpreisen und Personalengpässen, insbesondere dem Mangel an Berufskraftfahrern gezeichnet.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen verdüstern sich merklich. Die Verunsicherung der Unternehmen ist groß. Ein schleppendes weltweites Wachstum und eine schwache Konjunktur hierzulande trüben die Aussichten ein. Zusätzlich bereiten auch strukturelle Probleme wie Fachkräftemangel, steigende Arbeitskosten und weiterhin hohe Energie- und Rohstoffpreise den Unternehmen große Sorgen. Hinzu kommen wachsende bürokratische Lasten, die unternehmerisches Handeln behindern.

Die Zahl der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen überwiegt wieder deutlich die Zahl derjenigen mit positiven Erwartungen. Mehr als ein Drittel der Unternehmen (35 Prozent nach zuvor 23 Prozent) geht davon aus, dass sich ihr Geschäft in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern wird. Nur noch jeder achte (13 Prozent nach zuvor 18 Prozent) rechnet mit besseren Geschäften. Im Saldo fallen die Erwartungen damit um 17 auf minus 22 Punkte. Bezogen auf die Unternehmensgröße sind die Geschäftserwartungen bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit bis zu 199 Beschäftigten deutlich düsterer und auch etwas stärker gesunken (Saldo von minus 24 nach zuvor minus sieben Punkten) als bei Großunternehmen, denen es gegebenenfalls leichter fällt, Risiken zu diversifizieren. Bei Großunternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten dreht der Saldo von plus sechs auf minus sieben Punkte).

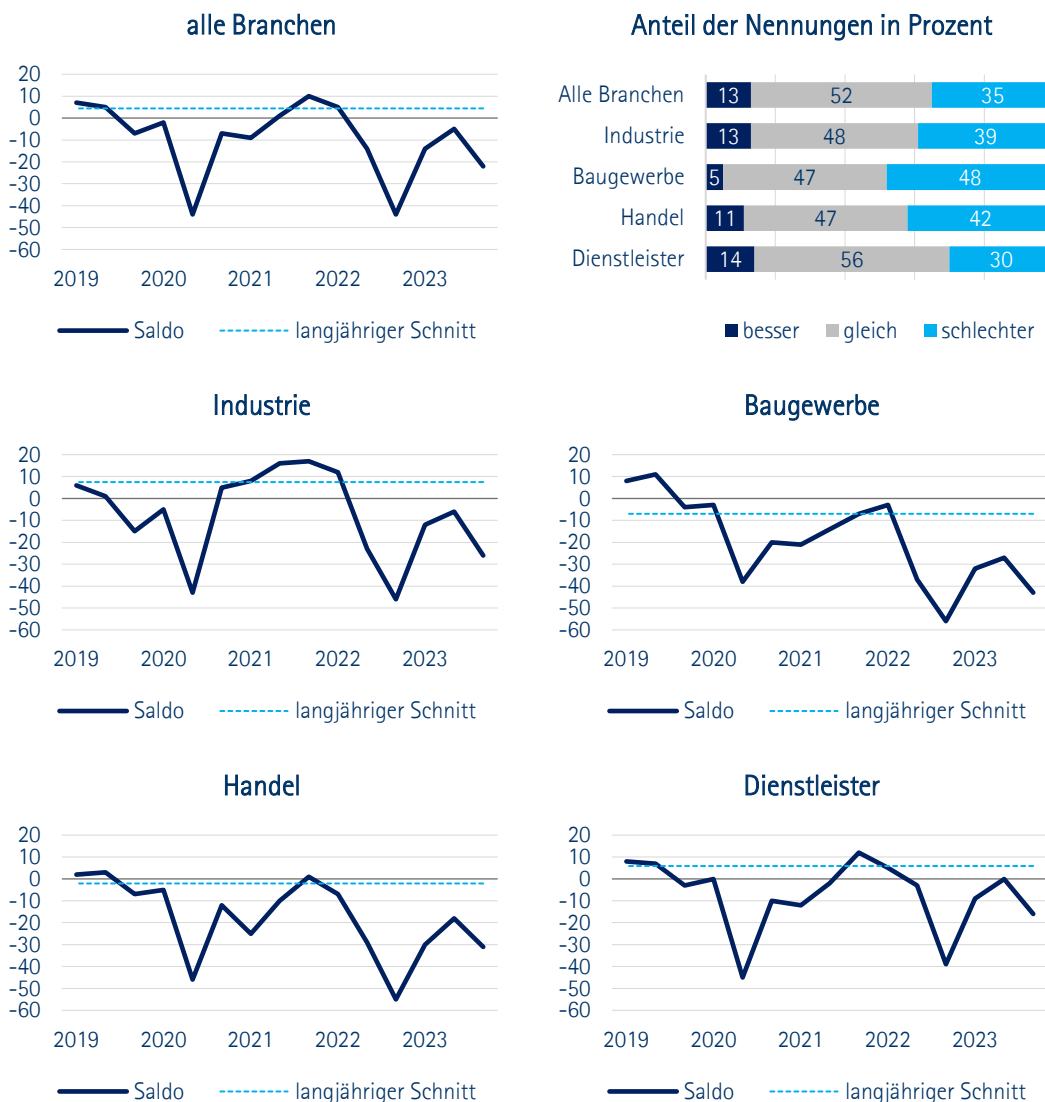
Geschäftserwartungen der Unternehmen (Saldo in Punkten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Industrieunternehmen sind angesichts der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase zunehmend besorgt um die Inlandsnachfrage. Zudem fühlen sich viele von überbordender Bürokratie gehemmt. Das Geschäftsrisiko wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen springt auf einen neuen Höchststand (51 Prozent nach zuvor 42 Prozent). Gleichzeitig bleiben auch hohe Energiepreise, Arbeitskosten und der Fachkräftemangel drängende Probleme für viele Industriebetriebe. Insgesamt rechnen die Unternehmen daher mit einer deutlichen Verschlechterung ihrer Geschäfte. Die Zahl der Pessimisten nimmt merklich zu. Knapp vier von zehn Industrieunternehmen (39 Prozent nach zuvor 23 Prozent) haben negative Erwartungen. Der Anteil mit positiven Erwartungen sinkt von 17 Prozent auf 13 Prozent. Der Saldo fällt damit um 20 auf minus 26 Punkte.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

(Saldo aus besser minus schlechter-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Den häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterherstellern** setzen die nach wie vor hohen Energiepreise besonders stark zu. Zudem liegen die Auftragseingänge weiterhin auf einem niedrigen Stand, weil viele Industriekunden zuerst ihre Lagerbestände an Vorprodukten abbauen, die sie während der Lieferkettenstörungen im vergangenen Jahr aufgebaut haben. Zwei von fünf Unternehmen (43 Prozent nach zuvor 27 Prozent) rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung der Geschäfte. Nur noch gut jeder Zehnte (elf Prozent nach zuvor 17 Prozent) geht von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen fällt massiv um 22 auf minus 32 Punkte. Besonders schlecht ist die Stimmung dabei bei den Unternehmen aus dem Bereich Glas, Keramik und Steineverarbeitung (Saldo von minus 56 nach zuvor minus 35 Punkten) sowie bei den Betrieben der Metallerzeugung und -bearbeitung (Saldo von minus 36 nach zuvor minus 15 Punkten). Im Vergleich der Branchen etwas weniger pessimistisch sind die Erwartungen in der chemischen Industrie (Saldo von minus 16 nach zuvor minus einem Punkt) und bei den Herstellern von elektrischer Ausrüstung (Saldo von minus 13 nach zuvor sechs Punkten).

Bei den Herstellern von **Investitionsgütern** kühlt die Stimmung ebenfalls deutlich ab. Auch hier belasten hohe Energie- und Rohstoffpreise und eine schwächelnde Nachfrage die Geschäfte. Das größte Risiko ist jedoch mittlerweile der Fachkräftemangel (63 Prozent). Der Anteil der Betriebe mit negativen Erwartungen verdoppelt sich fast von 19 Prozent auf 35 Prozent. Nur noch 16 Prozent rechnen mit einer Verbesserung (zuvor 21 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt von zwei auf minus 19 Punkte. Besonders getrübt sind die

Erwartungen bei den Maschinenbauern (Saldo von minus 24 nach zuvor zwei Punkten) und bei den Kraftfahrzeugbauern (Saldo von minus 24 nach zuvor drei Punkten). Beide Branchen verfügen zwar über Auftragspolster, aber die niedrigen Auftragseingänge bereiten Sorge. Etwas weniger pessimistisch sind die Erwartungen in der Elektrotechnik (Saldo von minus zehn nach zuvor vier Punkten).

Bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** sinken die Erwartungen ebenfalls deutlich. Die schwache Konsumnachfrage gepaart mit nach wie vor hohen Energie- und Rohstoffpreisen sowie Sorgen vor steigenden Arbeitskosten belasten das Geschäft. Mittlerweile blickt ein Drittel der Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (34 Prozent nach zuvor 21 Prozent) pessimistisch in die Zukunft. Nur jeder Achte (zwölf Prozent nach zuvor 16 Prozent) geht noch von einer Verbesserung des Geschäfts in den kommenden zwölf Monaten aus. Damit fällt der Saldo der Geschäftserwartungen von minus fünf auf minus 22 Punkte. Besonders düster blickt das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe auf die kommenden zwölf Monate, der Saldo fällt um 20 auf minus 31 Punkte. Eine der wenigen Ge- und Verbrauchsgüterbranchen, in der noch die positiven Erwartungen die negativen knapp überwiegen, ist die pharmazeutische Industrie. Hier ist der Saldo der Geschäftserwartungen lediglich um vier auf einen Punkt gesunken.

Gestiegene Bauzinsen und wegbrechende Neuaufträge sorgen für eine angespannte Stimmung im **Baugewerbe**. Hinzu kommen der Fachkräftemangel und die Sorge vor steigenden Arbeitskosten. Darüber hinaus bewegen sich die Preise für Baumaterialien noch immer auf einem hohen Niveau – trotz Rückgängen in den vergangenen Monaten. Fast jedes zweite Unternehmen rechnet mit schlechteren Geschäften (48 Prozent nach zuvor 35 Prozent). Lediglich fünf Prozent (nach zuvor acht Prozent) blicken noch optimistisch in die Zukunft. Der Saldo der Erwartungen sinkt damit deutlich von minus 27 auf minus 43 Punkte. Im Hochbau sorgt besonders der Einbruch bei den Baugenehmigungen für Wohnungen für Pessimismus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen fällt dort weiter auf minus 50 Punkte (nach zuvor minus 36 Punkte). Mit einem rückläufigen Geschäft rechnen auch Betriebe im Tiefbau (Saldo von minus 37 nach zuvor minus 20 Punkte) und im Ausbaugewerbe (Saldo von minus 34 nach zuvor minus 17 Punkte).

Der **Handel** reduziert seine Geschäftserwartungen im Vergleich zum Frühsommer deutlich. Hohe Kostenbelastungen, ein schwaches Konsumklima und Verunsicherung bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen drücken die Stimmung. Nur jedes zehnte Handelsunternehmen blickt optimistisch in die Zukunft (elf Prozent nach zuvor 14 Prozent). Zwei von fünf Betrieben (42 Prozent nach zuvor 32 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt damit von minus 18 auf minus 31 Punkte. Neben den weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreisen sind es bei den Einzelhändlern Sorge vor hohen Arbeitskosten, die die Erwartungen belasten (Geschäftsrisiko Arbeitskosten mit 54 Prozent auf einem Höchststand für die Branche). Zudem geht die Branche trotz kräftiger nominaler Lohnsteigerungen noch nicht von einem baldigen Schub bei Konsumausgaben aus. Im Gegenteil sehen aktuell noch mehr Unternehmen in einer schwachen Inlandsnachfrage ein Geschäftsrisiko als noch im Frühsommer (61 Prozent nach 58 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt im Einzelhandel daher von minus 18 auf minus 27 Punkte. Großhändler fürchten sogar noch häufiger einen Nachfragerückgang im Inland als die Einzelhändler (Geschäftsrisiko Inlandsnachfrage bei 68 Prozent nach zuvor 63 Prozent), da ihre Kunden aus der Industrie im Zuge der Entspannung der Lieferketten ihre Lagerbestände reduzieren. Zudem erreicht das Risiko wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen einen neuen Höchststand (53 Prozent nach 43 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt von minus 16 auf minus 33 Punkte.

Im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen sind die Geschäftserwartungen im heterogenen **Dienstleistungssektor** noch am wenigsten eingetrübt. Allerdings steigt auch hier der Anteil der Pessimisten deutlich von 20 Prozent auf 30 Prozent. Der Anteil der Optimisten sinkt hingegen von 20 Prozent auf 14 Prozent. Der Saldo verschlechtert sich damit um 16 auf minus 16 Punkte. So brechen beispielsweise im Gastgewerbe die Geschäftserwartungen ein. Besonders den Fachkräftemangel und Arbeitskosten sehen die Betriebe hier als Risiko. Die Gästezahlen sind hingegen stabil und nahe am Vorkrisenniveau. Der Saldo der Geschäftserwartungen dreht deutlich von fünf auf minus 32 Punkte. Bei den Betrieben im Bereich Verkehr und Lagerei bietet sich ein ähnliches Bild. Gestiegene Kosten für Personal, aber auch Kraftstoff und ein hoher Fachkräftemangel trüben die Stimmung. Hinzu kommt, dass so viele Unternehmen wie nie zuvor in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko sehen (51 Prozent nach zuvor 41 Prozent). Insbesondere die Erhöhung der LKW Maut sorgt für Unmut. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt bei Betrieben aus dem Bereich Verkehr und Lagerei deutlich um

18 auf minus 34 Punkte. Etwas weniger pessimistisch sind die Geschäftserwartungen bei den unternehmensnahen Dienstleistern, auch wenn sich die Unternehmen dem Abwärtstrend der Gesamtwirtschaft nicht entziehen können, der Saldo sinkt von fünf auf minus sieben Punkte. Gegen den Negativtrend stemmen sich hingegen die Betriebe aus dem Bereich Kunst, Unterhaltung, Erholung. Die Branche hat während der Pandemie stark gelitten, noch immer besteht ein Nachholbedarf. Die bisher trüben Geschäftserwartungen hellen sich langsam auf (Saldo von null nach zuvor minus sechs Punkten). Mit einer leichten Verbesserung des Geschäfts rechnen auch die Unternehmen im Sicherheitsgewerbe. Hier steigt der Saldo der Geschäftserwartungen leicht von einem auf vier Punkte.

Geschäftsrisiken der Unternehmen

Bei den Unternehmen herrscht große Verunsicherung. In vielen Bereichen wächst der Problemdruck, kaum ein Geschäftsrisiko nimmt in nennenswertem Maße ab. Nicht nur konjunkturelle Risiken, wie eine schwächelnde Nachfrage im In- und Ausland, setzen der Wirtschaft zu. Sondern auch strukturelle Probleme wie der Fachkräftemangel oder hohe Energie- oder Finanzierungskosten bereiten den Betrieben weiterhin Sorgen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Energiepreise zurückgegangen. Allerdings bewegen sich die Preise immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Auch in der langfristigen Preisperspektive ist von einem höheren Niveau auszugehen. Die Versorgungslage bleibt weiterhin unsicher, insbesondere mit Blick auf den nächsten Winter. Das spiegelt sich auch in den Geschäftsrisiken der Unternehmen wider. Insgesamt bleiben **Energie- und Rohstoffpreise** das am häufigsten genannten Geschäftsrisiko. Der Druck hat aber im Vergleich zur Vorumfrage über alle Sektoren hinweg etwas nachgelassen (61 Prozent nach zuvor 65 Prozent).

In der Industrie ist die Bewertung des Risikos Energie- und Rohstoffpreise rückläufig (71 Prozent nach zuvor 76 Prozent). Gleichwohl sind nach wie vor für drei von vier energieintensive Vorleistungsgüterhersteller (76 Prozent) Energie- und Rohstoffpreise das Risiko Nummer eins: Z. B. Glas-, Keramik und Steineverarbeitung (80 Prozent nach zuvor 88 Prozent), Metallerzeugung und Bearbeitung (79 Prozent nach zuvor 83 Prozent), chemische Industrie (74 Prozent nach zuvor 82 Prozent). Hohe Energiepreise treiben auch die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte in die Höhe, daher ist auch in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie das Geschäftsrisiko Energie- und Rohstoffpreise weiterhin hoch (82 Prozent nach zuvor 89 Prozent).

Anhaltend hohe Erzeugerpreise für Baumaterialien wie Zement, Glas, Gips oder Stahl machen den Bauunternehmen weiterhin zu schaffen. Die Preise liegen noch immer über dem Vorkrisenniveau, wobei seit einigen Monaten teilweise eine Entspannung zu beobachten ist. Entsprechend sinkt der Anteil an Bauunternehmen, die Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko nennen, von 72 Prozent auf 66 Prozent. Damit liegen Energie- und Rohstoffpreise bei den Geschäftsrisiken im Baugewerbe weiterhin an erster Stelle, dicht gefolgt vom Fachkräftemangel (64 nach 70 Prozent). Ähnliches gilt für Händler, hier lösen die schwächelnde Inlandsnachfrage die Energie- und Rohstoffpreise (62 Prozent nach zuvor 66 Prozent) als TOP-Geschäftsrisiko ab. Bei den Dienstleistern bleiben Energie- und Rohstoffpreise auf Rang zwei (55 Prozent nach zuvor 58 Prozent).

TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeit hoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	71% (76%) Energie- und Rohstoffpreise	66% (72%) Energie- und Rohstoffpreise	65% (60%) Inlandsnachfrage	60% (62%) Fachkräftemangel
2.	64% (50%) Inlandsnachfrage	64% (70%) Fachkräftemangel	62% (66%) Energie- und Rohstoffpreise	55% (58%) Energie- und Rohstoffpreise
3.	57% (63%) Fachkräftemangel	58% (47%) Inlandsnachfrage	52% (43%) Wirtschaftspolitik	53% (52%) Arbeitskosten
4.	55% (56%) Arbeitskosten	52% (53%) Arbeitskosten	51% (51%) Arbeitskosten	51% (44%) Wirtschaftspolitik
5.	51% (42%) Wirtschaftspolitik	48% (39%) Wirtschaftspolitik	50 (53%) Fachkräftemangel	45% (40%) Inlandsnachfrage

Die demografische Entwicklung sorgt dafür, dass selbst in konjunkturellen Schwächephasen der **Fachkräftemangel** nur geringfügig abnimmt. Knapp drei von fünf Unternehmen (58 Prozent) geben Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko an. Dieser Wert liegt nur leicht unter dem Höchstwert aus der Vorumfrage im Frühsommer (62 Prozent). Damit bleibt der Fachkräftemangel bezogen auf alle Unternehmen das zweitgrößte Geschäftsrisiko. Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine der wesentlichen struk-

turellen Herausforderungen für die Unternehmen in Zukunft bleiben. Im Dienstleistungssektor wird der Fachkräftemangel wie bereits im Frühsommer als häufigstes Risiko genannt. Drei von fünf Betriebe sehen darin eine wesentliche Herausforderung (60 Prozent nach zuvor 62 Prozent). Auch für das Baugewerbe ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften mittlerweile das zweitdrängendste Thema. Trotz schwacher Baukonjunktur klagen zwei Drittel der Unternehmen (64 Prozent nach zuvor 70 Prozent) über fehlende Fachkräfte. In der Industrie und im Handel tritt der Mangel an passendem Personal gegenüber anderen Geschäftsrisiken etwas in den Hintergrund, in der Industrie ist die Inlandsnachfrage noch drängender geworden, bei den Händlern werden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die Arbeitskosten etwas häufiger genannt. Trotzdem liegen die Werte für das Geschäftsrisiko Fachkräftemangel jeweils nur leicht unter den Höchstständen. Von den Händlern klagt jeder zweite über Mangel an qualifiziertem Personal (50 Prozent nach zuvor 53 Prozent; Höchststand 54 Prozent). In der Industrie sind es knapp drei von fünf (57 Prozent nach 63 Prozent; Höchststand 63 Prozent).

Die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** werden von den Unternehmen zunehmend als belastend empfunden. Über die Hälfte der Betriebe (51 Prozent nach zuvor 43 Prozent) sehen darin ein Geschäftsrisiko. Das ist nur knapp unter dem Rekordstand von 55 Prozent zu Hochzeiten der Corona-Pandemie im Frühsommer 2020. In der Industrie erreicht das Risiko dabei in der aktuellen Befragung mit 51 Prozent ein Allzeithoch. Mehr als 5.800 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“. Etwa 38 Prozent der Freitextantworten beinhalten Bürokratie-Themen, in der Vorumfrage waren es noch „nur“ 35 Prozent. Weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Energie, Inflation, Steuern und Zinsen.

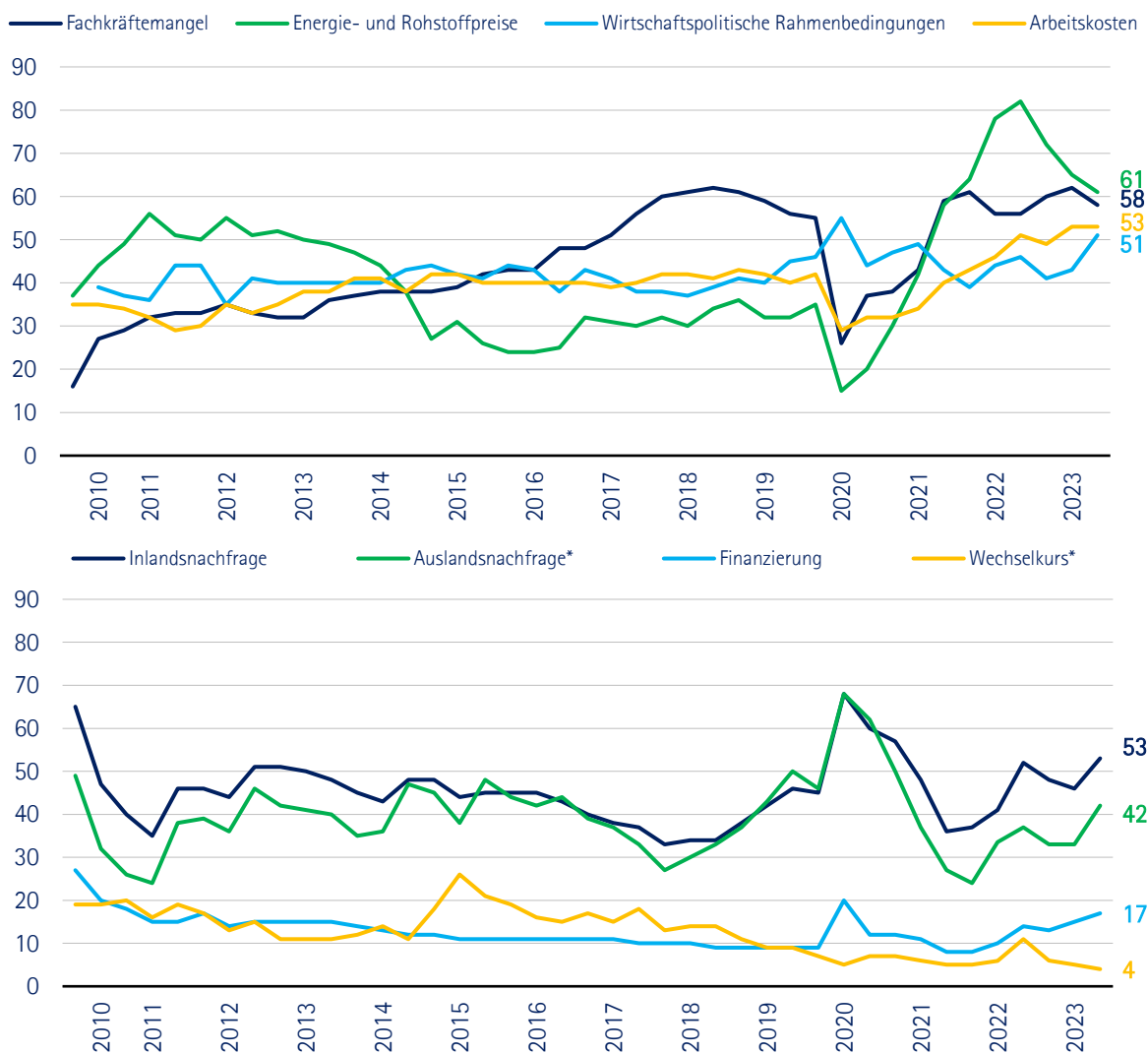
Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken (Auswertung von rd. 5.800 Freitextantworten)



Die wirtschaftliche Schwächephase, weiter hohe Inflationsraten und gestiegene Zinsen lassen auch das Geschäftsrisiko der **Inlandsnachfrage** auf einen überdurchschnittlichen Wert klettern (53 Prozent nach zuvor 46 Prozent; langjähriger Durchschnitt bei 46 Prozent). Der Handel spürt schon seit Monaten die inflationsbedingte Konsumzurückhaltung seitens der Verbraucher. Mittlerweile nennen über zwei Drittel der Händler die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko (65 Prozent nach zuvor 60 Prozent). Angesichts des Abwärtstrends bei den Neuaufträgen im Verarbeitenden Gewerbe steigt auch der Anteil der Industriebetriebe, die darin eine Gefahr für ihr Geschäft sehen, sprunghaft von 50 Prozent auf 64 Prozent. Aufgrund der hohen Bauzinsen und des Einbruchs im privaten Wohnungsbau steigt im Baugewerbe das Risiko Inlandsnachfrage auf 58 Prozent (nach 47 Prozent). Besonders im Hochbau melden die Betriebe hier mit 64 Prozent einen Höchststand. Im Dienstleistungssektor ist die Sorge vor rückläufiger Nachfrage im Sektorenvergleich am geringsten ausgeprägt, wenngleich auch hier das Geschäftsrisiko von 40 Prozent auf 45 Prozent steigt. Auch das Risiko der **Auslandsnachfrage** steigt in der Industrie aufgrund des weltweit gebremsten Wachstums und der rückläufigen Aufträge aus dem Ausland auf ein überdurchschnittliches Niveau (42 Prozent nach 33 Prozent; langjähriger Schnitt bei 39 Prozent).

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Aufgrund der gestiegenen Verbraucherpreise und der damit verbundenen Sorge vor einer Preis-Lohn-Spirale sowie wegen des anhaltenden Fachkräftemangels nennen über die Hälfte der Unternehmen (53 Prozent) **Arbeitskosten** als Geschäftsrisiko. Wie in der Vorumfrage ist das ein bisheriger Höchststand. Die sektoralen Unterschiede sind dabei gering. In allen vier Hauptsektoren ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt.

Mit dem im Zuge der Inflationsbekämpfung steigenden Zinsniveau nennen nun auch mehr Unternehmen den Zugang zu **Finanzierung** als Risikofaktor für die Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten (17 Prozent nach 15 Prozent). Noch im Frühsommer 2022, als der Leitzinssatz der EZB noch bei null lag, war es nur jedes zehnte Unternehmen (10 Prozent). Besonders betroffen sind wegen hoher Bauzinsen Unternehmen aus der Immobilienwirtschaft und aus dem Hochbau (41 Prozent nach 39 Prozent bzw. 35 Prozent nach 33 Prozent) sowie auch Energieversorger (37 Prozent nach 32 Prozent).

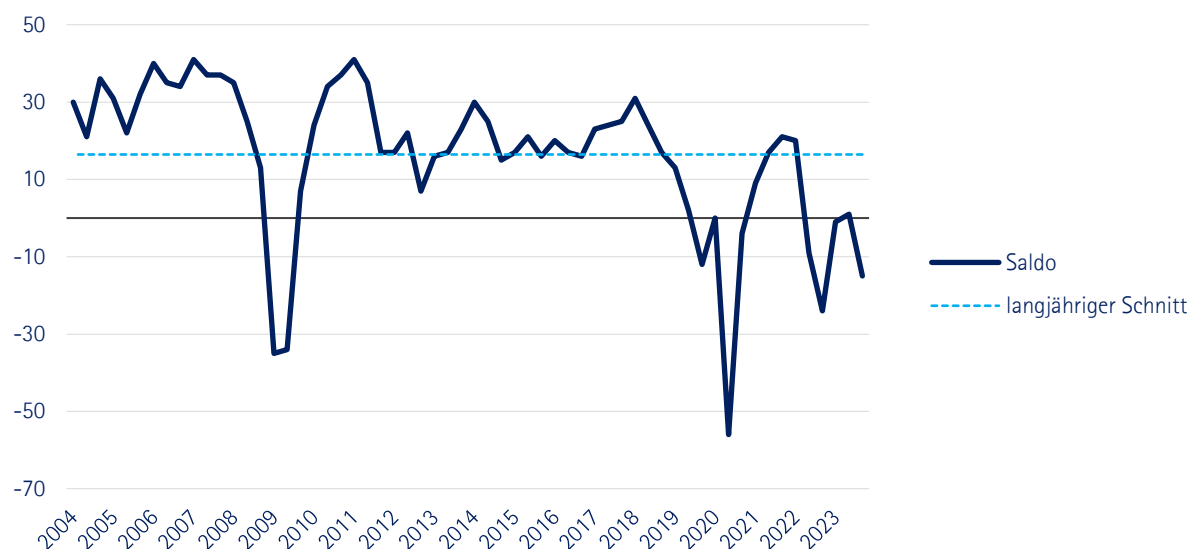
Die Reaktionen der Zentralbanken in wichtigen Währungsräumen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wechselkurse, haben zu einer Entspannung beim **Wechselkursrisiko** geführt. Nur vier Prozent der Unternehmen sehen ernstzunehmende Wechselkursrisiken für ihr Geschäft. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 13 Prozent.

Exporterwartungen der Industrieunternehmen

Die Dynamik in der Weltwirtschaft hat im Laufe des Jahres nachgelassen. Deutschland als exportorientiertes Land und offenste Volkswirtschaft der G7-Staaten ist besonders von der Entwicklung der Weltkonjunktur abhängig. Entsprechend spiegelt sich das schleppende Wachstum der Weltwirtschaft in den eingetrübten Exporterwartungen der Industrieunternehmen im Herbst wider: Ein Drittel der Unternehmen (33 Prozent) rechnet in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren (Frühsommer: 22 Prozent). 18 Prozent der Unternehmen (Frühsommer: 23 Prozent) erwarten ein Wachstum der Exporte. Jedes zweite Unternehmen (49 Prozent) erwartet stabile Exportgeschäfte. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen sinkt von einem Punkt auf minus 15 Punkte. Zwar haben sich die internationalen Lieferketten stabilisiert, Energie- und Rohstoffpreise sowie Inflationsraten sind – wenn auch von hohem Niveau kommend – rückläufig. Allerdings belasten das gestiegene Zinsniveau in wichtigen Absatzmärkten, insbesondere in der Eurozone und den USA, die konjunkturelle Schwäche Chinas und geopolitische Risiken das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen.

Exporterwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



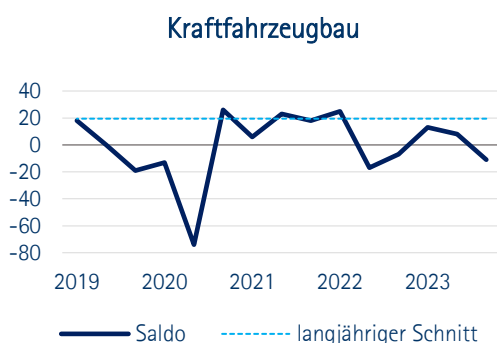
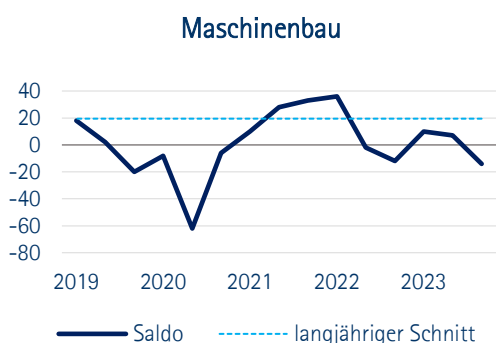
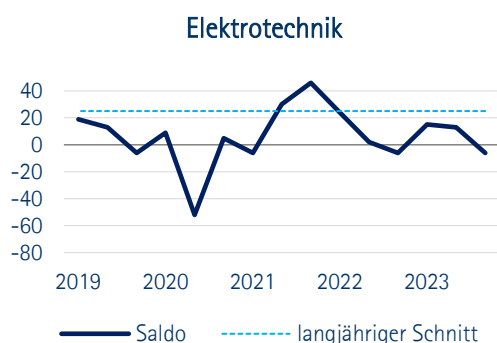
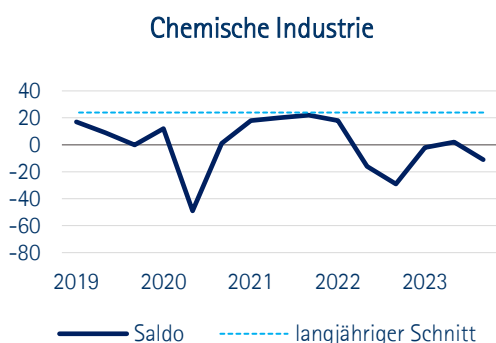
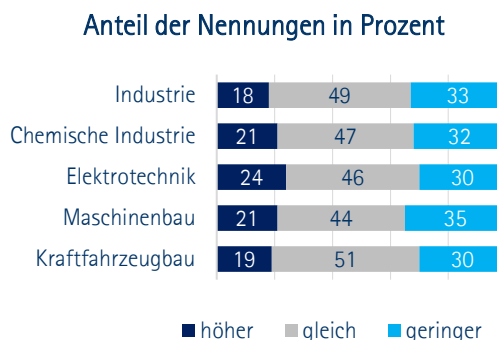
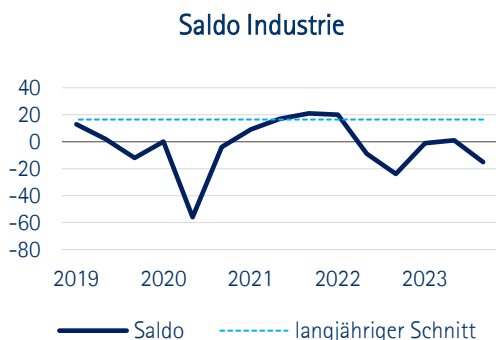
Vor dem Hintergrund des global abgekühlten konjunkturellen Umfelds sehen mit 42 Prozent deutlich mehr Unternehmen als noch im Frühsommer (33 Prozent) ein Geschäftsrisiko in einer geringen Auslandsnachfrage – das sind neun Prozentpunkte mehr als in der Vorumfrage. Zuletzt wurde das Risiko zu Jahresbeginn 2021 noch höher eingeschätzt. In wichtigen Exportbranchen, wie etwa der Automobilindustrie und dem Maschinenbau, liegen die Auftragseingänge aus dem Ausland unter dem Niveau des Vorjahres. Das Risiko schwankender Wechselkurse, das zu Planungsunsicherheit im internationalen Geschäft führt, tritt gegenüber anderen Risiken hingegen in den Hintergrund und wird lediglich von vier Prozent der Unternehmen benannt – ein neuer Tiefstand.

In allen industriellen Hauptgruppen haben sich die Exporterwartungen der Unternehmen verschlechtert. Während die pessimistischen Erwartungen bei den Herstellern von Vorleistungsgütern bereits im Frühsommer überwogen haben, drehen die Erwartungen der Investitionsgüterproduzenten und Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten wieder in den negativen Saldobereich.

Zwar können die **Investitionsgüterproduzenten** von stabileren internationalen Lieferketten profitieren und die noch bestehenden Aufträge abarbeiten. Nachlassende neue Aufträge trüben allerdings den Blick auf die kommenden Monate. Ein Viertel der Unternehmen erwartet ein besseres Exportgeschäft, 32 Prozent gehen von sinkenden Ausfuhren aus. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen sinkt im Vergleich zur

Exportenerwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Vorumfrage von zehn auf minus sieben Punkte. Noch pessimistischer als der Durchschnitt der Investitionsgüterproduzenten zeigen sich die Maschinenbauer: Jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) erwartet höhere Ausfuhren, 35 Prozent geringere (Saldo minus 14 Punkte nach zuvor sieben Punkten). Bei den Kraftfahrzeugbauern erwarten mit 19 Prozent geringfügig weniger Unternehmen, dass ihre Ausfuhren steigen, als in der Vorumfrage (Frühsommer: 21 Prozent), aber 30 Prozent (Frühsommer: 13 Prozent), dass sie sinken. Der Saldo liegt mit minus elf Punkten ebenfalls unter dem Schnitt der Investitionsgüterproduzenten insgesamt. 24 Prozent der exportierenden Elektrotechniker erwarten ein Exportwachstum für ihr Unternehmen, während 30 Prozent mit sinkenden Ausfuhren rechnen. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen sinkt von 13 auf minus sechs Punkte.

Vorleistungsgüterproduzenten haben ihre Erwartungen an das Auslandsgeschäft im Vergleich zur Vorumfrage unter den industriellen Hauptgruppen am deutlichsten nach unten geschraubt. Die weiterhin auf einem hohen Niveau liegenden Energiepreise verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit der häufig energieintensiven Betriebe. Lediglich 14 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte, 37 Prozent nehmen ein geringeres Exportwachstum an. Somit sinkt der Saldo stark von minus fünf auf minus 23 Punkte. Unter den Herstellern von Metallerzeugnissen überwiegen die Pessimisten noch deutlicher: 39 Prozent der Unternehmen erwarten schlechtere Exportgeschäfte, lediglich zwölf Prozent bessere. Der Saldo sinkt von minus sechs auf minus 27 Punkte. Auch in der Gummi- und Kunststoffindustrie sinken die Exporterwartungen: 17 Prozent mit höheren Exporterwartungen stehen 37 Prozent mit geringeren gegenüber. Der Saldo sinkt von minus einen auf minus 20 Punkte.

Aufgrund der in vielen Exportmärkten noch hohen Inflationsraten und damit einhergehend geringeren Kaufkraft von Konsumenten sinken die Exporterwartungen der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten**. 18 Prozent der Unternehmen rechnen mit einem Anstieg ihrer Exporte, 27 Prozent mit einer Verringerung in den kommenden zwölf Monaten. Der Saldo sinkt von zwei auf minus neun Punkte. Noch überwiegend zuversichtlich blickt die pharmazeutische Industrie auf ihr Auslandsgeschäft: 24 Prozent erwarten steigende Ausfuhren und 18 Prozent sinkende. Der Saldo sinkt von 20 auf sechs Punkte. Als eine von wenigen Branchen überwiegen hier noch die Optimisten die Pessimisten.

Investitionsabsichten der Unternehmen

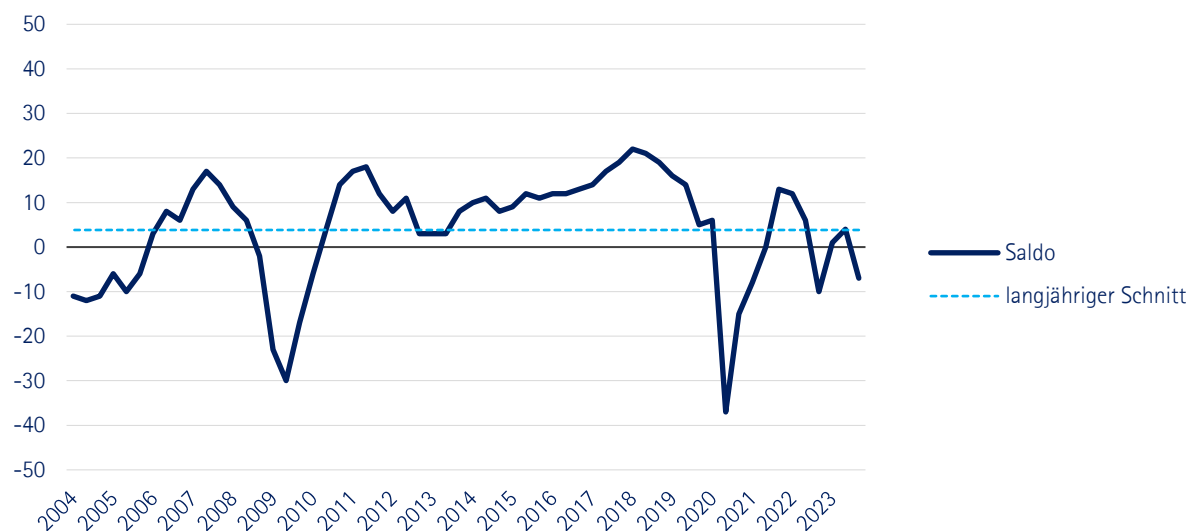
Hohe Energiepreise und ein volatiles konjunkturelles Umfeld belasten derzeit die Betriebe. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden zunehmend als Geschäftsrisiko wahrgenommen. Die hohen Kosten am Standort Deutschland dämpfen die Investitionsneigung der Betriebe. Weniger als ein Viertel (24 Prozent nach zuvor 28 Prozent) – und damit so wenig wie zuletzt vor einem Jahr – plant mit zusätzlichen Investitionen. Fast ein Drittel (31 Prozent) gibt an, Investitionen verringern zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt auf minus sieben Punkte und verschlechtert sich damit deutlich gegenüber der Vorumfrage (vier Punkte). In der Industrie sackt der Saldo sogar um 19 auf minus zwölf Punkte ab. Auch das Baugewerbe muss seine Investitionspläne überdurchschnittlich herunterfahren (auf minus 28 Punkte). Handel und Dienstleistungsbereich treten ebenfalls auf die Bremse (minus 14 Punkte bzw. minus ein Punkt).

Erfolgen Investitionen so liegt der Fokus derzeit eher auf den notwendigen Maßnahmen, statt des Ergreifens neuer Chancen. Als häufigste Investitionsmotive werden Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen genannt (65 Prozent bzw. 32 Prozent). Auch Investitionen für mehr Umweltschutz (27 Prozent) – etwa im Zuge von gesetzlichen Anforderungen sowie als Reaktion auf die gestiegenen Geschäftsrisiken im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung sind geplant. Zurückhaltung zeigt sich hingegen bei den eher wachstumsfördernden Investitionen – in die Kapazitätserweiterung (21 Prozent) oder in Produktinnovationen (27 Prozent).

Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigte planen noch überwiegend mit einer Ausweitung ihre Investitionen. Der Saldo der Investitionsabsichten rutscht dennoch deutlich auf nunmehr acht Punkte (nach 27 Punkte in der Vorumfrage). Immerhin wollen die Großunternehmen verstärkt in Produktinnovationen investieren. Dieses Motiv wird von knapp der Hälfte (47 Prozent) der Unternehmen mit über 1.000 Beschäftigten genannt - nach zuvor 41 Prozent. Bei KMU rutscht der Investitionssaldo hingegen um zehn auf minus neun Punkte. Rationalisierung ist das einzige Motiv, das bei KMU leicht zulegt (30 Prozent nach zuvor 28 Prozent).

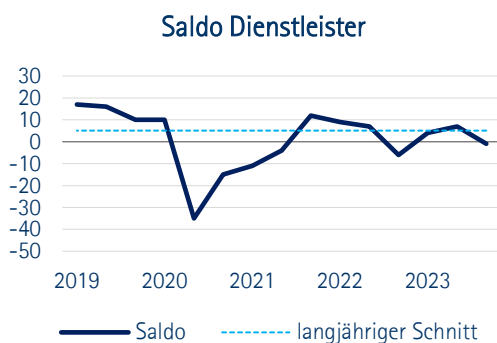
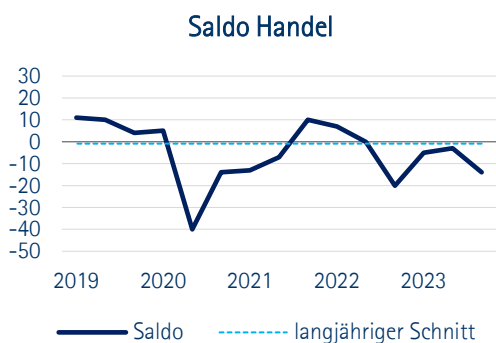
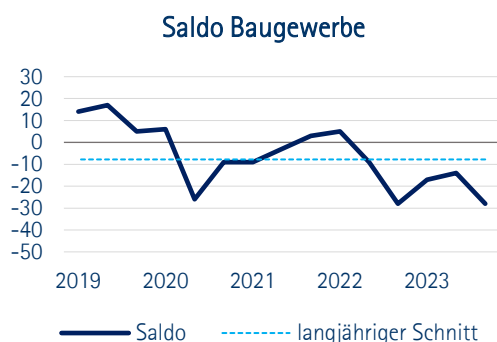
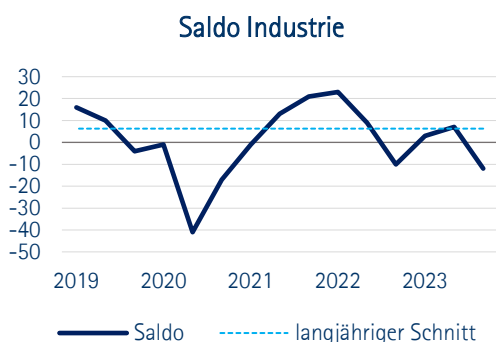
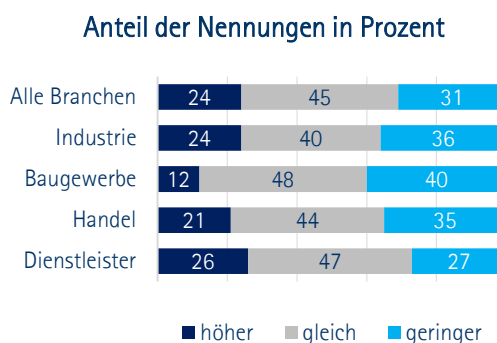
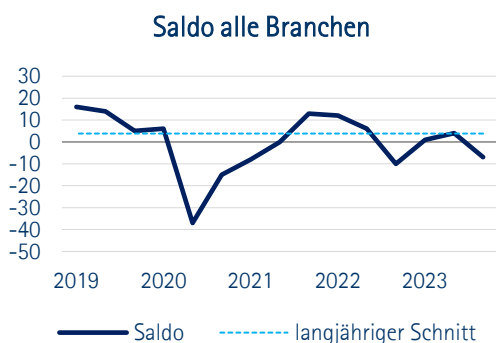
Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die **Risiken für die Geschäftsentwicklung** werden auch vielfach zu Investitionshemmnissen. Unternehmen, die in der Inlandsnachfrage ein Geschäftsrisiko sehen, weisen einen deutlich niedrigeren Investitionssaldo (minus 21 Punkte) auf als der Schnitt der gesamten Wirtschaft (minus sieben Punkte). Die Investitionsabsichten von Unternehmen, die sich um Energie- und Rohstoffpreise, Arbeitskosten oder wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen sorgen sind im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ebenfalls deutlich geringer (Saldo von minus 14 bzw. minus zwölf bzw. minus 15 Punkte).

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen entwickeln sich dabei immer stärker zu einem Bremsklotz für Investitionen. Unternehmen, die darin ein Risiko sehen, beabsichtigen mit 38 Prozent deutlich häufiger, ihre Investitionen herunterzuschrauben, als Unternehmen, die dieses Risiko nicht benannt haben. Letztere beabsichtigen eine Reduktion nur zu 28 Prozent. Das ist ein Unterschied von zehn Prozentpunkten. Noch vor der Pandemie war der Unterschied mit rund zwei Prozentpunkten vergleichsweise gering. Das bedeutet, dass Unternehmen derzeit deutlich eher ihre Investitionen wegen hemmender wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen heruntersetzen als noch vor wenigen Jahren.

Einige Investitionsimpulse innerhalb der **Industrie** sind abermals von der pharmazeutischen Industrie zu erwarten (Saldo: 16 nach 18 Punkten). Allerdings legen die Motive Rationalisierung (38 nach 29 Prozent), Umweltschutz (55 nach 43 Prozent) sowie Ersatzbedarf (74 nach 65 Prozent) merklich zu. Auch im Kraftfahrzeugbau fällt die

Investitionszurückhaltung nicht so stark aus wie im Schnitt der Gesamtindustrie (Saldo: minus drei nach vier Punkten, Gesamtindustrie: minus zwölf Punkte). Keine Abstriche bei den Investitionen nimmt die Nahrungs- und Futtermittelindustrie vor (Saldo gleichbleibend bei einem Punkt) und will dabei stärker als bisher in die Rationalisierung (49 nach 43 Prozent), aber auch in Produktinnovationen (23 nach 19 Prozent) sowie in die Kapazitätserweiterung (32 nach 28 Prozent) investieren. Investitionen in Innovationen sind gerade für Industrieunternehmen als Treiber von Forschung und Entwicklung ein wichtiger Hebel, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Mit 31 Prozent der Nennungen ist in der Industrie noch Luft nach oben. Aktuell geben 31 Prozent der Industrieunternehmen dieses Motiv an. Mit dieser Einschätzung liegen sie unterhalb des langjährigen Durchschnitts (37 Prozent in der Industrie). Für mehr Innovationen ist ein innovationsfreundliches Umfeld mit bürokratiearmen technologieoffenen Förderprogrammen, niederschweligen Kooperationsmöglichkeiten von Wirtschaft und Wissenschaft und die stärkere Nutzung von Experimentierräumen wie zum Beispiel Reallaboren hilfreich.

Auch im **Dienstleistungssektor** ist die Investitionsstimmung eingetrübt. Bei den Investitionsmotiven lässt sich ein hohes Maß an Konstanz feststellen. Die Motive Rationalisierung (28 Prozent), Umweltschutz (24 Prozent), Kapazitätsausweitung (20 Prozent), Produktinnovationen (28 Prozent) sowie Ersatzbedarfe (64 Prozent) haben sich im Vergleich zum Frühsommer kaum verändert. Über ein Viertel der Unternehmen (26 Prozent) plant mit einer Erhöhung der Investitionsbudgets. Allerdings plant auch ein ebenso großer Anteil (27 Prozent) der Unternehmen im Dienstleistungssektor, Kürzungen bei den Investitionsplänen vorzunehmen. Der daraus resultierende Saldo in Höhe von minus ein Punkt liegt zwar deutlich unter der Vorumfrage (sieben Punkte), immerhin fällt der Saldorückgang bei den Dienstleistern im Vergleich der Hauptsektoren am geringsten aus.

Die Investitionspläne im **Handel** verschlechtern sich spürbar (auf minus 14 Punkte von minus drei Punkten), vor allem im Groß- und Einzelhandel (auf minus 15 bzw. minus 17 Punkte), während Kfz-Handel und -Reparatur nur geringe Abstriche vornehmen (Saldo: drei Punkte). Die Motive für Investitionen bleiben im Vergleich zum Frühjahr im Handel ähnlich priorisiert. Mit Ausnahme der Ersatzbedarfe fallen alle Werte leicht ab.

Die Investitionen im **Baugewerbe** folgen dem erneuten Einbruch bei den Geschäftserwartungen. Anhaltend hohe Kosten für Baumaterial wie Zement, weiter steigende Zinssätze und eine damit ausbleibende Nachfrage, besonders im Wohnungsbau, bremsen die Baukonjunktur aus. Das lässt auch die geplanten Investitionen im Bau abfallen. Lediglich zwölf Prozent (nach zuvor 17 Prozent) der Unternehmen im Baugewerbe beabsichtigen, ihre Investitionen auszuweiten. 40 Prozent (nach zuvor 31 Prozent) geben jedoch an, Investitionen kürzen zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt entsprechend erneut von minus 14 auf minus 28 Punkte. Wenn im Baugewerbe Investitionen getätigt werden, fließen diese insbesondere in die Ersatzbedarfe (80 Prozent). Die Motive Kapazitätsausweitung und Umweltschutz rutschen im Vergleich zum Frühsommer auf 14 Prozent bzw. 19 Prozent ab.

Hauptmotive für Investitionen im Inland

(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage)

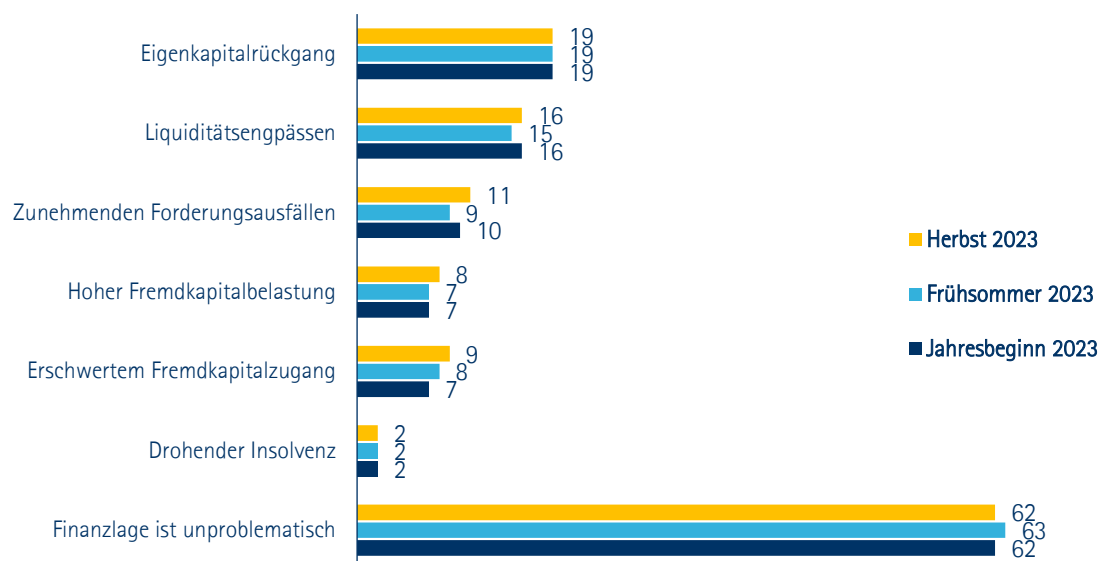
	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	32 (31)	27 (27)	21 (22)	27 (29)	65 (66)
Industrie	42 (42)	31 (30)	24 (29)	36 (37)	65 (64)
Baugewerbe	23 (21)	17 (16)	14 (17)	19 (23)	80 (80)
Handel	31 (28)	23 (24)	18 (22)	22 (26)	66 (64)
Dienstleistungen	28 (27)	28 (28)	20 (20)	24 (26)	64 (65)

Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

Steigende Zinsen und mehr Hürden auf dem Weg zu Fremdkapital führen dazu, dass die Finanzlage der Unternehmen weiterhin angespannt bleibt. 62 Prozent der Unternehmen weisen eine unproblematische Finanzlage auf. Zwei von fünf Betriebe (38 Prozent nach 37 Prozent im Frühsommer) schätzen hingegen ihre Finanzlage als problematisch ein. Das ist eine ähnliche Bewertung wie zu Beginn des Jahres, als die Sorgen um die Versorgungssicherheit bei Energie und damit die Aufrechterhaltung der Produktion in vielen Wirtschaftsbereichen am höchsten war.

Am häufigsten Probleme bereitet nach wie vor der Eigenkapitalrückgang (gleichbleibend 19 Prozent). Der Anteil von Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten, ist mit 16 Prozent weiterhin bedeutend. Stärker zugenommen hat der Anteil der Unternehmen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen (elf nach zuvor neun Prozent). Daneben steigt auch der Anteil der Betriebe, denen bereits eine hohe Fremdkapitalbelastung zu schaffen macht, auf nunmehr acht Prozent. Korrespondierend nimmt auch die Anzahl der Unternehmen zu, die über einen erschwerten Zugang zu Fremdkapital berichten (neun Prozent).

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...



Anteil der Nennungen in %, Mehrfachnennung möglich

Während der Befund, dass kleinere Unternehmen sich einer kritischeren Finanzlage gegenüberstehen, im Zeitablauf unverändert bleibt, ist es in diesem Herbst vor allem der große Mittelstand mit 200-999 Beschäftigten, der über eine verschlechterte Finanzlage berichtet. Unverändert 43 Prozent der kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten melden mindestens ein Problem bei ihrer Finanzlage. Im Vergleich dazu sind es bei den Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigten nur 23 Prozent. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (gleichbleibend 24 Prozent) und Liquiditätsengpässe (18 Prozent) sind für die kleinen Unternehmen weiterhin eine Herausforderung. Beim großen Mittelstand verzeichnen nunmehr schon 30 Prozent der Unternehmen eine problematische Finanzlage (nach 26 Prozent in der Vorumfrage). Die höhere Kapitalintensität dieser überwiegend industriellen Unternehmen führt zusammen mit dem steigenden Zinsumfeld dazu, dass mittlerweile zwölf Prozent (nach zuvor acht Prozent) der Betriebe über eine hohe Fremdkapitalbelastung berichtet. Gleichzeitig sieht sich jedes zehnte Unternehmen mit gestiegenen Forderungsausfällen konfrontiert (zehn Prozent nach zuvor sechs Prozent).

Ein Blick in die einzelnen **Wirtschaftszweige** zeigt, dass in der **Industrie** trotz der im Vorjahresvergleich gesunkenen Energiepreise, abnehmender Materialengpässe und teilweise noch gut gefüllter Auftragsbücher der Anteil der Betriebe mit einer problematischen Finanzlage wieder von 33 Prozent auf 36 Prozent zugenommen hat. Zunehmende Forderungsausfälle (zehn nach zuvor sieben Prozent), eine steigende Fremdkapitalbelastung (zehn nach

zuvor sieben Prozent) und ein schwierigerer Zugang zu Fremdkapital (neun nach zuvor acht Prozent) lasten auf den Betrieben.

Besonders der schwierigere Zugang zu Fremdkapital und eine steigende Belastung durch höhere Zinsen zieht sich durch nahezu alle Industriebranchen. Dies korrespondiert mit dem Rückgang des Firmenkreditgeschäfts und den verschärften Kreditvergabebedingungen der Banken. Die Investitionen und der laufende Betrieb in der Industrie sind stärker als die anderen Wirtschaftszweige von einer langfristig stabilen und günstigen Energieversorgung angewiesen. Die hier vorherrschende Unsicherheit wirkt sich nicht nur auf die Investitionsvorhaben selbst, sondern auch auf die Bewertung durch die Kreditinstitute aus. Dazu kommen mehr und mehr potenzielle regulatorische Anforderungen an die Kreditwirtschaft im Hinblick auf klimaneutrale Portfolios. Gerade Transformationsfinanzierungen, die heute noch nicht unter die Taxonomie fallen, haben es im aktuellen Umfeld schwer, in die Bankbücher zu kommen, und zwar umso stärker, je langfristiger sie ausgerichtet sind.

Am deutlichsten hat sich die Finanzlage bei den **Investitionsgüterherstellern** verdüstert (35 statt zuvor 29 Prozent). Das gilt für industrielle Kernbranchen wie den Maschinenbau (33 nach zuvor 28 Prozent), in der Elektrotechnik (37 nach zuvor 28 Prozent) sowie bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen (35 nach zuvor 30 Prozent).

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Liquiditätsengpässe	18	14	11	7	16
Drohende Insolvenz	4	1	1	0	2
Eigenkapitalrückgang	24	17	11	8	19
Erschwerter Fremdkapitalzugang	9	9	9	9	9
Hohe Fremdkapitalbelastung	7	9	12	7	8
Zunehmende Forderungsausfälle	11	11	10	9	11
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	57	64	70	77	62
Unsere Finanzlage ist problematisch	43	36	30	23	38

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Liquiditätsengpässe	16	15	16	15	16
Drohende Insolvenz	2	2	2	3	2
Eigenkapitalrückgang	16	19	20	20	19
Erschwerter Fremdkapitalzugang	9	11	7	9	9
Hohe Fremdkapitalbelastung	10	8	8	8	8
Zunehmende Forderungsausfälle	10	12	13	10	11
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	64	63	60	61	62
Unsere Finanzlage ist problematisch	36	37	40	39	38

Ähnlich schwieriger bewerten auch die Vorleistungsgüterhersteller ihre Finanzlage (38 nach zuvor 33 Prozent). Besonders kritisch fällt die Bewertung bei energieintensive **Vorleistungsgüterproduzenten** wie Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung aus (45 Prozent statt zuvor 31 Prozent mit Problemen).

Entgegen dem Trend hat sich die Finanzlage bei den **Ge- und Verbrauchsgüterherstellern** leicht verbessert (37 nach zuvor 40 Prozent). Insbesondere bei den Unternehmen der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (37 statt zuvor 42 Prozent) hat sich die Finanzlage aufgrund der in den vergangenen Monaten wieder gesunkenen Erzeugerpreise für Landwirtschaftliche Produkte etwas entspannt.

Die Gesamtbewertung der Finanzlage im **Baugewerbe** hat sich vor dem Hintergrund der schwierigen konjunkturellen Lage, gestiegener Zinsen, weiterhin hoher Preise für Baumaterialien und einer eingebrochenen Kreditvergabe im Immobiliensektor im Vergleich zum Frühsommer 2023 verschlechtert: 37 Prozent der Unternehmen (zuvor 34 Prozent) berichten über eine problematische Finanzlage. Besonders kritisch läuft es dabei im Hochbau, der bereits von zahlreichen Stornierungen von Bauprojekten betroffen ist, so dass bereits 40 Prozent der Betriebe über eine schwierige Finanzlage berichten. Insgesamt haben hier die Schwierigkeiten in allen Bereichen zugenommen: Liquiditätsgpässe (16 nach zuvor 13 Prozent) und Eigenkapitalprobleme (20 nach 19 Prozent) nehmen ebenso zu wie die Sorge vor einer möglichen Insolvenz (drei nach einem Prozent). Angesichts der hohen Fremdkapitalnutzung der Branche ist die Fremdkapitalbelastung (zwölf nach zehn Prozent) durch höhere Zinsen gestiegen. Den stärksten Problemaufwuchs gibt es bei der Beschaffung von neuem Fremdkapital (14 nach zwölf Prozent). Die verschärften Kreditvergabebedingungen der Banken vor allem für Immobilienkredite führen dazu, dass mehr als jedes zehnte Unternehmen hierbei Sorgen hat.

Die stabilere Auftragslage, z. B. durch Aufträge der öffentlichen Hand oder von Versorgungsunternehmen, um die Infrastruktur zu erneuern, lässt die Tiefbauunternehmen ihre Finanzlage unverändert bewerten (Probleme bei 31 Prozent der Unternehmen). Dabei melden 19 Prozent einen Eigenkapitalrückgang, 15 Prozent nennen Liquiditätsgpässe und bei acht Prozent ist der Fremdkapitalzugang erschwert.

Im **Handel** ist der Anteil der Unternehmen mit einer angespannten Finanzlage gegenüber dem Frühsommer 2023 mit 40 Prozent leicht gestiegen. Die verhaltene Inlandsnachfrage, die anhaltend hohe Inflation sowie steigende Arbeitskosten hinterlassen ihre Spuren in den Bilanzen. So ist der Anteil der Handelsunternehmen mit Liquiditätsgpässen und Eigenkapitalproblemen gestiegen (16 und 20 Prozent). 13 Prozent der Handelsunternehmen haben außerdem mit zunehmenden Forderungsausfällen zu tun – der höchste Wert unter aller Wirtschaftszweigen. Der Großhandel und die Handelsvermittlung, als Drehscheibe zwischen Produzenten und Abnehmern, spürt diese Probleme besonders schnell. Bereits jedes sechste Unternehmen macht die Erfahrung von zunehmend ausfallenden Forderungen (16 Prozent).

Das zurückhaltende Verbraucherverhalten lässt im Einzelhandel den Anteil der Unternehmen, die über Liquiditätsgpässe berichten, von 19 auf 22 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit zwei Jahren steigen. Der Anteil derer, die sich einem Eigenkapitalrückgang gegenübersehen, verbleibt deshalb mit 26 Prozent auf einem hohen Niveau.

Die im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsbereichen bessere Lagebewertung beschert den überwiegend kleinen und mittelgroßen **Dienstleistern** eine Atempause bei der Finanzierung. Die Finanzlage bleibt insgesamt unverändert. Doch es sind weiterhin 39 Prozent der Unternehmen, die von Problemen berichten.

Unter den personenbezogenen Dienstleistern sind es vor allem die Betriebe im Bereich Kunst, Kultur und Unterhaltung, bei denen sich die verbesserte Lage auch in geringeren Finanzierungsproblemen niederschlägt. Nur noch 35 statt im Frühsommer 47 Prozent berichten von Finanzierungsproblemen. Liquiditätsgpässe gehen ebenso wie schwindendes Eigenkapital zurück und auch die Gefahr einer drohenden Insolvenz nimmt ab. In der Gastronomie hingegen machen sich die besseren Geschäfte des Sommers weniger in einer Verbesserung der Finanzlage bemerkbar. Hier sehen sich sogar mehr Unternehmen (58 nach zuvor 55 Prozent) mit Finanzierungsproblemen konfrontiert. Die anhaltend hohen Preise für Energie- und Vorprodukte sowie gestiegene Arbeitskosten führen dazu, dass 42 Prozent (nach zuvor 41 Prozent) der Betriebe ein schwindendes Eigenkapital verzeichnen und 22 Prozent (nach zuvor 21 Prozent) über Liquiditätsgpässe berichten.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

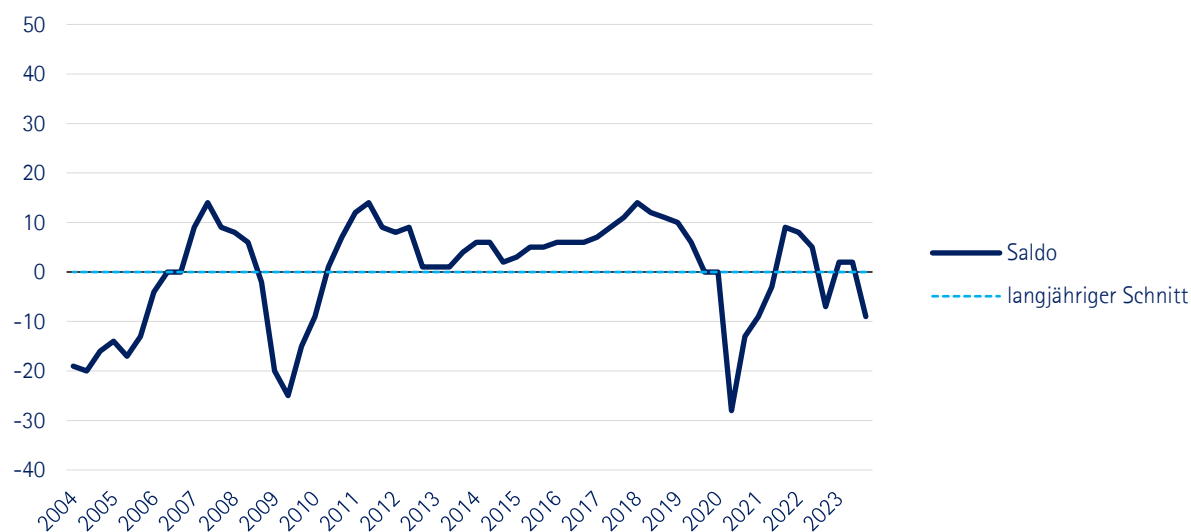
Die verschlechterte Geschäftslage und die deutlich eingetrübten Geschäftserwartungen schlagen nunmehr deutlich auf die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen durch. Trotz hohem Stand beim Fachkräftemangel müssen mehr Unternehmen von sinkender als von wachsender Beschäftigung ausgehen. Der Anteil der Unternehmen, die mit mehr Personal planen sinkt von 17 auf 13 Prozent. Hingegen steigt der Anteil, der von weniger Personal ausgeht, um neun Prozentpunkte auf 22 Prozent. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt von zwei auf minus neun Punkte und liegt damit unter dem langjährigen Schnitt von null Punkten.

Bezogen auf die Unternehmensgröße weichen lediglich die Beschäftigungspläne der Großunternehmen etwas von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft ab. Zwar gehen auch bei Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten die Beschäftigungspläne zurück. Jedoch dreht der Saldo nur knapp in den negativen Bereich (minus zwei nach elf Punkten).

Angesichts der deutlich zurückgegangenen Erwartungen und der gebremsten Investitionspläne gehen auch die Beschäftigungspläne in der **Industrie** zurück und drehen ins Negative. Nur 14 Prozent (nach 19 Prozent) rechnen mit einem Personalaufwuchs, ein Viertel (26 Prozent nach zuvor 17 Prozent) gehen von einem geringeren Personalbestand aus. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt um 14 auf minus zwölf Punkte, das liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt. Besonders stark fällt der Rückgang der Beschäftigungserwartungen bei energieintensiven Vorleistungsgüterherstellern wie z.B. der Metallerzeugung und -bearbeitung (Saldo sinkt um 24 auf minus 25 Punkte) oder den Betrieben aus dem Bereich Glas, Keramik und Steineverarbeitung (Saldo sinkt um 23 auf minus 35 Punkte) aus. In diesen Branchen nennen die Unternehmen auch deutlich seltener den Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko als es noch in der Vorumfrage der Fall war (53 Prozent nach zuvor 68 Prozent bzw. 48 Prozent nach zuvor 58 Prozent). Bei den Investitionsgüterherstellern entwickeln sich die Beschäftigungspläne unterschiedlich. Im Kraftfahrzeugbau rechnen die Unternehmen nicht nur wegen des Strukturwandels in der Automobilindustrie und der Mobilitätswende, sondern auch aufgrund der schleppenden Weltkonjunktur mit deutlich weniger Personal als noch im Frühsommer (Saldo sinkt um 14 auf minus 20 Punkte). Im Gegensatz dazu bleiben die Beschäftigungspläne in der Elektrotechnik noch knapp im positiven Bereich (Saldo von einem nach zuvor 18 Punkten).

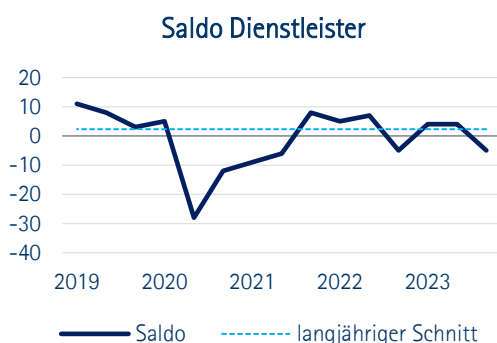
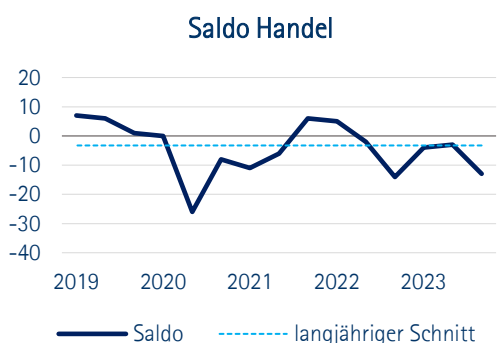
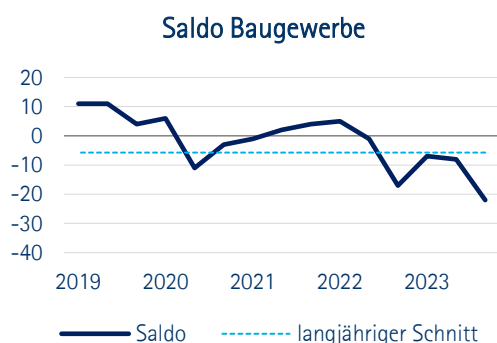
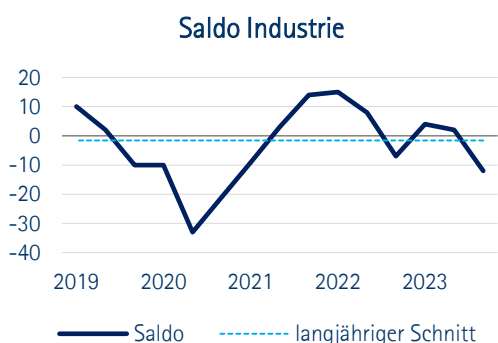
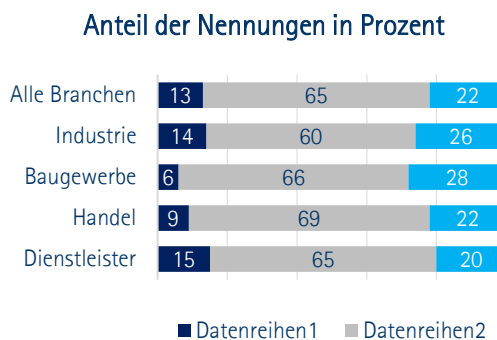
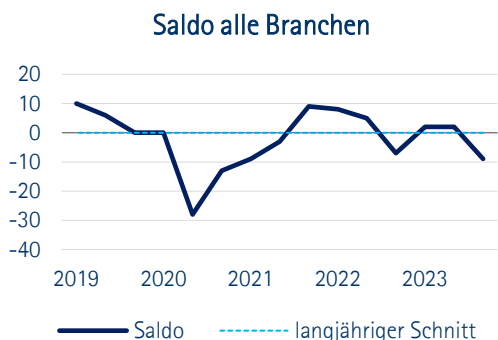
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Im **Baugewerbe** herrscht insgesamt eine schlechte Stimmung, das drückt auch die Beschäftigungserwartungen der Bauunternehmen deutlich nach unten. Nur noch sechs Prozent (nach zuvor zehn Prozent) der Unternehmen rechnen mit einem Personalaufbau. Mehr als ein Viertel der Bauunternehmen (28 nach zuvor 18 Prozent) geht von weniger Beschäftigten aus. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt von minus acht auf minus 22 Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt von minus sechs Punkten. Besonders im Hochbau sind aufgrund der gestiegenen Zinsen und der deutlich gebremsten Zahl von Neuaufträgen die Sorgen vor einer schwachen Inlandsnachfrage groß. Entsprechend müssen die Betriebe dort mit weniger Personal in den nächsten zwölf Monaten planen. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt auf minus 30 Punkte (nach zuvor minus 13 Punkte, langjähriger Schnitt bei minus sieben Punkte). Im Tiefbau ist die Lage angesichts von Infrastrukturprojekten deutlich besser, entsprechend sind die Beschäftigungspläne im Tiefbau deutlich weniger restriktiv als im Hochbau, der Saldo sinkt um zwölf auf minus elf Punkte und damit nur leicht unter den langjährigen Schnitt von minus sieben Punkten.

Der Handel leidet unter der weiterhin hohen Inflation und der damit bestehenden Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Das drückt nicht nur die Geschäftslage und -erwartungen ins Minus, sondern dämpft auch die Beschäftigungspläne der Unternehmen. Nur jeder elfte Händler (neun Prozent nach zuvor 13 Prozent) geht von

mehr Personal in den kommenden zwölf Monaten aus. Der Anteil der Unternehmen, die mit weniger Beschäftigten rechnen müssen, steigt hingegen von 16 auf 22 Prozent. Der Saldo sinkt folglich um zehn auf minus 13 Punkte und liegt damit deutlich unter dem langjährigen Schnitt von minus drei Punkten.

Mit den sinkenden Geschäftserwartungen und Investitionsabsichten gehen auch im heterogenen **Dienstleistungssektor** die Beschäftigungspläne zurück: Ein Fünftel der Betriebe (20 Prozent nach zuvor 14 Prozent) rechnen mit einem sinkenden Personalbestand, nur 15 Prozent (nach zuvor 18 Prozent) gehen von steigender Beschäftigung aus. Der Saldo sinkt um neun auf minus fünf Punkte und ist der höchste beim Vergleich der Wirtschaftszweige. Der Blick in die einzelnen Dienstleistungsbranchen zeigt deutliche Unterschiede:

Die Stimmung bei den überwiegend personenbezogenen Dienstleistern ist entgegen dem allgemeinen Trend in der Wirtschaft stabil. Der Fachkräftemangel ist in der Branche sogar auf einem neuen Rekordstand (59 Prozent nach zuvor 55 Prozent) gestiegen. Der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt nur geringfügig um einen auf zwei Punkte, was auch dem langjährigen Schnitt entspricht. Unterm Strich positiv sind auch die Beschäftigungspläne der unternehmensnahen Dienstleister. Allerdings liegt der Saldo hier mit fünf nach zuvor 13 Punkten bereits auf einem unterdurchschnittlichen Wert (14 Punkte). Betriebe im Gastgewerbe, die bereits während der Corona-Pandemie viel Personal verloren haben, haben weiterhin Probleme ihre Stellen zu besetzen. Zwei Drittel der Betriebe beklagen einen Fachkräftemangel. Entsprechend müssen die Unternehmen mit weniger Personal planen, der Saldo der Beschäftigungsabsichten sinkt um 15 auf minus 16 Punkte.

DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2022	DIHK-Prognose 2023	DIHK-Prognose 2024
BIP	1,8%	-0,5%	0,0%
Private Konsumausgaben	3,9%	-0,5%	1,0%
Konsumausgaben des Staates	1,6%	-1,5%	0,5%
Bruttoanlageinvestitionen	0,1%	0,5%	-0,6%
– Ausrüstungen	4,0%	3,5%	0,5%
– sonstige Anlagen	-0,7%	0,0%	2,0%
– Bauten	-1,8%	-1,0%	-2,0%
Export (Waren und Dienstleistungen)	3,3%	-0,5%	1,0%
Import (Waren und Dienstleistungen)	6,6%	-1,5%	1,0%
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+612	+300	+50
Verbraucherpreise	6,9%	6,2%	3,0%